LEGENDE (als Bestandteil zum Bebauungsplan)

<u>RECHTSGRUNDLAGEN</u>

Der Bebauungsplan beruht auf:

- dem Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBI. I Nr. 394) geändert worden ist.
- der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 08.2007 (GVBI. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch §§ 12 und 13 des Gesetzes vom 23.12.2024 (GVBI. S. 605) und durch § 4 des Gesetzes vom 23.12.2024 (GVBI. S. 619) geändert worden ist.
- der Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI.I S. 3786) die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. I Nr. 176) geändert worden ist.
- dem Bayerischen Naturschutzgesetz (BayNatSchG) vom 23.02.2011 (GVBI. S. 82 BayRS 791-1-U) das zuletzt durch § 1 Abs. 87 des Gesetzes vom 04.06.2024 (GVBI. S. 98) geändert worden ist.

Die Rechtsgrundlagen für die einzelnen zeichnerischen Festsetzungen sind in der Planzeichenerklärung angegeben. Die Rechtsgrundlagen für die ergänzenden textlichen Festsetzungen sind diesen unmittelbar angefügt.

Die Plandarstellung erfolgte nach der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne, den Planungshilfen für die Bauleitplanung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr und der Darstellung des Planinhalts nach der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBI. I S. 1802) geändert worden ist.

Nutzungsschablone:

- a) Art der baulichen Nutzung b) Bauweise
- c) Dachform
- d) Dachneigung
- e) Zahl der Vollgeschosse
- Grundflächen- / Geschossflächenzahl g) Laufende Nummer der Nutzungsschablone

1. Art der baulichen Nutzung (§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Allgemeine Wohngebiete, (§ 4 BauNVO)



2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch folgende Höchstwerte und Maßnahmen festgesetzt: Grundfächenzahl (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO) Geschossflächenzahl (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO) Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 16 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO) als römische Ziffer z. B. II = höchstens Zwei Vollgeschosse

Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und § 23 BauNVO)

offene Bauweise nach § 22 Absatz 2 BauNVO Die Satzung ordnet die Einhaltung der Abstandsflächentiefe nach Art. 6 BayBO an. __---Satteldach, Pultdach, Walmdach, Krüppelwalmdach, Flachdach

A: PLANZEICHEN ALS FESTSETZUNGEN

4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Dachneigung (von - bis /Höchtgrenze)

Straßenbegrenzungslinie mit Straßenverkehrsfläche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - Gehweg

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB) vorhandenes Gebäude

geplantes Gebäude, vorgeschlagener Standort

geplante Garage, vorgeschlagener Standort

- Vorgeschlagene Einfahrten Höhenbezugspunkt Grundstücke
- Grundstücksgrenzen vorhanden Grundstücksgrenzen vorgeschlagen
- Flurstücksnummern Maßzahl in Meter

SD/ZS/WD/

KWD/PD/FD

0° - 48°

_____ -----1824 ↓ 6,00 ↓

Nutzung der Geobasisdaten der Bayerischen

Vermessungsverwaltung vom März 2024

B: FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

In Ergänzung der Planzeichen werden folgende Festsetzungen getroffen:

- 1. Art der baulichen Nutzung
- 1.1. Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 4 BauNVO ein Allgemeines Wohngebiet festgesetzt.
- 2. Maß der baulichen Nutzung
- 2.1. Als Maß der baulichen Nutzung gelten die in der Planzeichnung angegebenen Werte für die Grundflächenzahl (GRZ) und die Geschossflächenzahl (GFZ) als Höchstgrenzen Die festgesetzte Grundflächenzahl kann durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO genannten baulichen Anlagen um max. 50 %
- 2.2. Die Oberkante Fertigfußboden im Erdgeschoss der Gebäude darf nicht über 0,5 m über OK Straßenniveau am Höhenbezugspunkt des Grundstückes liegen.
- 2.3. Es sind Einzel- und Doppelhäuser mit max. zwei Wohnungen pro Wohneinheit (WE) zulässig. Es sind bis zu zwei "Tiny Häuser" pro Grundstück zulässig.
- 2.4. Die Firsthöhe beträgt max. 9,00 m, gemessen ab OK Straßenniveau am Höhenbezugspunkt des Grundstückes.
- 2.5. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen werden Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO zugelassen. Das Gleiche gilt für bauliche Anlagen, soweit sie nach Art. 6 BayBO in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können (§ 23 Abs. 3 und 5 BauNVO).

Die festgesetzten Baugrenzen dürfen durch untergeordnete bauliche Anlagen (z. B. Außentreppen, Wintergärten

- 3.1. Folgende Dachformen sind zulässig: Satteldach, Zeltdach, Walmdach, Krüppelwalmdach, Pultdach, Anbauten (wie z.B. Wintergärten, Zwerchgiebel) sind als eigene, untergeordnete Baukörper - auch mit vom Hauptdach abweichender Dachneigung und Dachform - zulässig.
- 3.2. Sattel-, Zelt-, Walm-, Pultdächer und Krüppelwalmdächer sind mit Ton- oder Betondachsteinen in den Farben rot, rotbraun bis anthrazit oder in Blech zu decken. Die Begrünung von Flachdächern und flach geneigten Dächern wird empfohlen. Bei flach geneigten Dächern (< 20° Dachneigung), und im Bereich der Anbauzonen sind auch Bedachungen als Verglasung zulässig
- 3.3. Blecheindeckungen sind nur beschichtet und in ihren Naturtönen (Kupfer, Titanzink, Alu) zugelassen, Pultdächer sind auch in begrünter Ausführung möglich.
- 3.4. PV-Anlagen auf Dachflächen sind zulässig.

4. Außenwände

- 4.1. Die Wände der Hauptgebäude sind zu verputzen, mit Holzverschalung oder Fassadenelementen zu versehen. Holzhäuser sind zulässig (Keine Blockhäuser).
- 4.2. Verkleidung mit Klinker oder Klinkermauerwerk sind zulässig. Klinkerattrappen sind ausgeschlossen.
- 4.3. Beim Putz sind grelle, disharmonische Farben unzulässig.

5. Einfriedungen

- 5.1. Einfriedungen dürfen nicht als geschlossene Wände errichtet werden. Sollten Einfriedungen vorgesehen werden, wird empfohlen, diese als Staketenzäune oder natürliche Hecken auszuführen. Im Baugebiet ist eine Zaunhöhe von max. 1,20 m zugelassen.
- 5.2. Zwischen privaten Grundstücken und freier Landschaft sind diese bis auf 2 m Höhe zulässig. Für die Abgrenzung gegenüber der freien Natur sollten Sträucherreihen als lebendige Einfriedungen vorgesehen werden.

6. Gestaltung der Grundstücke

- Befestigte Flächen auf Privatem Grund sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Sie sind nur in wasserdurchlässiger Form zulässig. Es sind offenporige, versickerungsfähige Beläge vorzusehen. Eine Versiegelung mit Gestein verschiedener Korngrößen ist flächenmäßig verboten.
- 6.2. Zur Vorbeugung von Überflutungen bei Starkregen wird den Grundstückseigentümern entlang der südlichen Grenze des Bebauungsplangebiets empfohlen Maßnahmen zum Schutz vor Starkregen zu treffen (z.B. durch eine Einfassung entlang des Grundstücks), um das Wasser aus der südlichen landwirtschaftlichen Fläche in einer unterirdischen Rigole zurückzu-

7. Garagen und Stellplätze

- 7.1. Es ist ein Stellplatzschlüssel von 2 Stellplätzen je Wohneinheit auf privatem Grund festgelegt.
- 7.2. Stellplätze sind auch als Carports, oder als geschlossene Garagen zulässig.
- 7.3. Garagen / Carports sollten einen Stauraum von 3,00 m zur Straße hin aufweisen.
- 7.4. Flächenbefestigungen sind auf das notwendige Maß zu beschränken. Flächenbefestigungen, die eine Versickerung von Regenwasser zulassen, sind der Vorzug zu geben.

8. Energieversorgung, Klimaschutz

- 8.1. Die Umsetzung des Gesetzes zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz GEG) ist zu beachten und mit Anlagen im Bauantrag nachzuweisen. Der technische Nachweis zur Einhaltung des Effizienzstands ist mit Baugesuch zwingend vorzulegen.
- Die energetischen technischen Mindestanforderungen der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Gebäude Wohngebäude (BEG WG) von 16. September 2021 (Anlage A zum Programm Bundesförderung für effiziente Gebäude - Wohngebäude) eines Effizienzhauses 40plus, Effizienzhauses 40 oder Effizienzhauses 55 sind einzuhalten.

9. Hochwasserschutz und Wasserabfluss

9.1. Regenrückhaltung auf privaten Flächen

Zur Regenrückhaltung und Regelung des Regenwasserabflusses ist auf jedem Grundstück eine Regenwasserzisterne V = min 3 m³ herzustellen. Nur ein gedrosselter Überlauf der Zisterne darf an die Kanalisation angeschlossen werden. Das zurückgehaltene Regenwasser soll zur Bewässerung des Grundstücks genutzt werden. Die Zisterne ist so zu bewirtschaften, dass immer ein Rückhalt von Niederschlagswasser möglich ist.

Verfahrensvermerke

Bebauungsplan "Leite"

C: HINWEISE

Zur Bepflanzung der privaten Grünflächen sollten heimische, standordgerechte Laubbäume und Sträucher

Pro Grundstück sollte mind. 1 großkroniger, heimischer Laubbaum bzw. ein hochstämmiger Obstbaum

- Roter Heckenkirsche

- Wolliger Scheeball

- Eingriffeliger Weißdorn

Wer Bodendenkmäler auffindet, ist verpflichtet dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutz-behörde der

dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der

Besitzer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben.

Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund

geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder

Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige

unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt

- Schwarzer Holunder

Schwarzdorn

- Feldrose

- Hundsrose

- Brombeere

- Hainbuche

Bäume:

Acer pseudoplatanus

Vogelkirsche

- Wildbirne

- Stieleiche

Malus sylvestris

Prunus avium

Pyrus pyraster

Quercus robur

Tilia cordata

1. Private Grünflächen

Erhaltung: Bäume

Anpflanzen: Bäume

Artenliste für Bepflanzung:

Niedere Sträucher:

Cornus sanguinea

Lonicera xylosteum

Prunus spinosa

Rosa arvensis

Robus fruticosus

Hohe Sträucher:

Acer campestris

Carpinus betulus

Corylus avellana

Sambucus nigra

Salix caprea

Crataegus monogyna

Art. 8 Abs. 1 BayDSchG:

den Leiter der Arbeiten befreit.

2. Baverisches Landesamt für Denkmalpflege

oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Viburnum lantana

Rosa canina

- 1. Der Gemeinderat der Gemeinde Ahorn hat in der Sitzung am 27.05.2025 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am __.__.2025 ortsüblich bekannt gemacht.
- 2. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.07.2025 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom ___.__.2025 bis
- 3. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.07.2025 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom ___.__.2025 bis ___.__.2025 öffentlich ausgelegt.
- 4. Die Gemeinde Ahorn hat mit Beschluss des Gemeinderats vom ___.__.2025 den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom ____. __.2025 als Satzung beschlossen.

-	
Ahorn, den	
(Siegel)	
()	Martin Finzel, Erster Bürgermeister

5. Das Landratsamt Coburg hat den Bebauungsplan mit Bescheid vom gemäß § 10 Abs. 2 BauGB genehmigt. Ahorn, den .

Ausgefertigt

7. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wurde am . gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 1 BauGB ortsüblich veröffentlicht. Der Bebauungsplan "Leite" ist damit in Kraft getreten.

Ahorn, der

Martin Finzel, Erster Bürgermeister



Gemeinde Ahorn Landkreis Coburg

Bebauungsplan "Leite" OT Schorkendorf

gemäß § 13a BauGB Beschleunigtes Verfahren der Innenentwicklung **Gemeinde Ahorn**

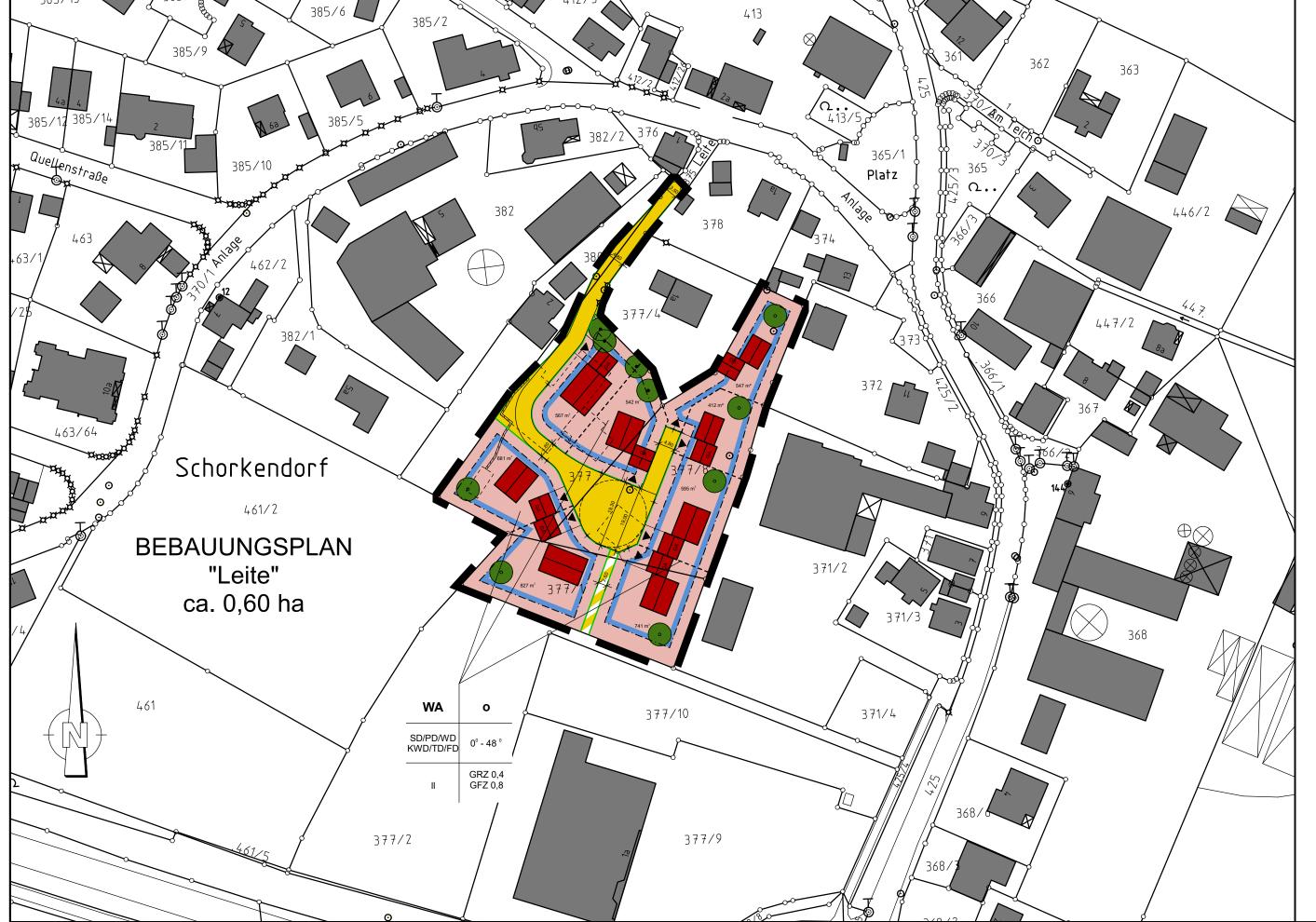
ENTWURF

Maßstab 1: 1000

Entwurfverfasser:



Datum:	It. Beschluss vom:	gez.:	gepr.:
27.05.2025	27.05.2025	C.G.	U.W.
15.07.2025		C.G.	U.W.
	27.05.2025	27.05.2025 27.05.2025	27.05.2025



Martin Finzel, Erster Bürgermeister

Martin Finzel, Erster Bürgermeister